KOLUMBIEN

„Ich fühle mich noch bedroht“

Die in Frankreich lebende Politikerin und frühere Farc-Geisel Ingrid Betancourt, 46, über ihre jüngste Reise nach Lateinamerika

SPIEGEL: Sie haben kürzlich zum ersten Mal seit Ihrer Befreiung vor knapp fünf Monaten Kolumbien besucht. Waren all die alten Ängste wieder da?
Betancourt: Ich leide unter einer posttraumatischen Belastungsstörung, wie viele ehemalige Geiseln. Wenn ich zum Beispiel das Geheul eines tieffliegenden Flugzeugs höre, muss ich auf die Toilette rennen, um mich zu übergeben. Das ist wie ein Reflex.
SPIEGEL: Sie haben in Gefangenschaft viele Angriffe aus der Luft erlebt?
Betancourt: Wenn wir im Dschungel Motorengeräusche von Flugzeugen oder Hubschraubern hörten, war das ein Alarmsignal – alles zusammenpacken, losrennen, und zwar sofort. Die Angst war entsetzlich. Was sollten wir zurücklassen? Selbst in der Haft hat man zwei, drei Habseligkeiten, an denen man hängt. Bei mir waren es ein Hemd, eine Hose, meine Bibel, mein Radio.
SPIEGEL: Das heißt: Innerlich sind Sie noch immer nicht frei?
Betancourt: Manchmal genügt der Ton einer Stimme – knappe, herrisch vorgetragene Sätze wie bei einem Verhör –, und ich gefriere innerlich. Ich höre dann den Befehlston der Wärter, das blockiert mich.
SPIEGEL: Hatten Sie, zurück in Kolumbien, Angst vor den Rebellen der Farc? Sie gelten jetzt als „militärisches Ziel“.
Betancourt: Ich fühle mich von ihnen ständig bedroht. In Frankreich bin ich geschützt, aber in Kolumbien mussten wir Reiserouten und Tagesablauf immerzu ändern. Die Sicherheitsbehörden achteten darauf, dass mein Programm nicht berechenbar war.
SPIEGEL: Verfügt die Guerilla noch immer über einen so großen Einfluss?
Betancourt: Die Farc sind geschwächt, gewiss. Ihr Führungsgremium kann sich nicht treffen; der militärische Druck zwingt sie, häufig ihre Camps zu wechseln. Das behindert Entscheidungen und schwächt die Organisation. Aber sie verfügen dank des Drogenhandels über viel Geld. Damit können sie noch lange überleben.
SPIEGEL: Sie haben eine Stiftung gegründet, um sich für Verständigung und Toleranz einzusetzen. Was heißt das konkret?
Betancourt: In Kolumbien starten wir mit einem Projekt in Calamar, einem kleinen

DANIEL BISKUP / LAIF

Betancourt

AP

Schuhattacke auf Bush, Maliki

IRAK

Wohlwollende Reaktion

Darf der irakische Journalist Muntasar al-Saidi, der seine Schuhe auf Präsident George W. Bush schleuderte („ein Abschiedskuss, du Hund“), mit Milde rechnen? „Es fällt auf, dass Ministerpräsident Nuri al-Maliki in seiner Regierungserklärung zu der Angelegenheit nur von einem Angriff auf Bush spricht und ausdrücklich nicht von einem Angriff auf ihn selbst“, sagt der irakische Verfassungsrechtler Tarik Harb, der sich als Verteidiger des Schuhwerfers angeboten hat – und wertet das als wohlwollende Reaktion. „Andernfalls würde das Saidis Lage verschärfen. Er hätte dann mit einer höheren Strafe zu rechnen.“

Die beherzten Würfe könnten Saidi theoretisch bis zu sieben Jahre Haft eintragen, rechnet der Jurist vor – vermutet aber, der Delinquent sei in ein bis zwei Monaten wieder frei. Gerätselt wird auch, ob der Ausbruch spontan über den Chefreporter des Fernsehsenders al-Baghdadija kam. Der Kollege, der auf der Pressekonferenz neben ihm saß, hatte den Eindruck, er habe von Anfang an Bush irgendwie demütigen wollen. Saidi sei jedoch kein Fanatiker und kein Islamist, sondern „ein eher säkularer Schiit“, der Anfang 2008 in Sadr City gelebt und fast im Alleingang für seinen Sender über die gefährlichen Kämpfe dort berichtet habe. Insgesamt fünf Sicherheitskontrollen hätten die Journalisten vor der bewussten Pressekonferenz passieren müssen: Die erste am Eingang zur Grünen Zone und zum Schluss eine, „bei der Amerikaner uns untersuchten. Da wurde jedes Blatt Papier angeschaut, jeder Kugelschreiber auf- und wieder zugeschraubt, und wir wurden an Suchhunden vorbeigeführt“. Der Secret Service muss sich nun trotzdem fragen lassen, warum seine Leute nicht schneller handelten. „Ich dachte, sie würden nach dem ersten Schuh reagieren“, sagte der frühere Agent Patrick Lennon. Der Dienst werde jetzt „wohl entscheiden, mehr Agenten in der unmittelbaren Nähe des Präsidenten zu plazieren“, so sein ehemaliger Kollege Ronald Williams.